



GVB-Wahlprüfsteine zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2021

Im Zuge der Wahl zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus möchte der Gehörlosenverband Berlin e.V. von den Parteien über ihr Wahlprogramm informiert werden.

Die Gehörlosengemeinschaft, also alle diejenigen, deren Muttersprache die Deutsche Gebärdensprache ist, kann keine tiefgehende Kenntnis zu den Wahlprogrammen erlangen, da sie in deutscher Schriftsprache vorliegen. Die Deutsche Gebärdensprache ist im Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) § 12 als eigenständige Sprache anerkannt, jedoch sind die Wahlprogramme für Menschen mit Hörbehinderungen kaum barrierefrei. Sie wären es, wenn wir die Informationen in Deutscher Gebärdensprache erhalten würden.

Welche Ziele und Programme können Sie für taube Menschen vorweisen? Folgende Themen und Fragen sollen für Menschen mit Hörbehinderungen als relevante Informationen für die Wahl dienen.

Stellenwert und Struktur der Behindertenpolitik insbesondere für Menschen mit Hörbehinderungen

Eine wichtiges Gremium ist in Berlin der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen, der das Ziel hat, Behindertenpolitik zu fördern. Auch der Gehörlosenverband Berlin e.V. ist mit einem Sitz dort vertreten. Insgesamt sehen wir aber, dass die Förderung von Behindertenpolitik in Berlin noch sehr verbesserungswürdig ist. Die Corona-Pandemie hat auch in Berlin Bedürfnisse tauber Menschen in den Fokus gerückt, die leider sehr vernachlässigt wurden. Durch das intensive Engagement tauber Aktivist*innen und des GVBs wurde deren Berücksichtigung auch intensiv eingefordert. Oft wurden diese Bedürfnisse nicht berücksichtigt und der Zugang erschwert, was zum Ausschluss tauber Menschen führt. Der Gehörlosenverband Berlin e.V. fordert, unter bestimmten Rahmenbedingungen im Land Berlin mitgestalten zu können. U.a. sollten Gehörlosenvereine und -organisationen gefördert werden, mit dem Ziel, politische und kulturelle Aktivitäten mit zu gestalten und z.B. einen Netzwerkaustausch zu ermöglichen. Es ist essentiell, dass taube Menschen die politische Teilhabe in Berlin mit bestimmen. Die Forderung nach allumfassender Teilhabe ist in der UN-Behindertenrechtskonvention fest verankert.

In welcher Form plant Ihre Partei Gehörlosenorganisationen und die Teilhabe von tauben Menschen zu fördern?

Inklusion

Nicht über uns - ohne uns. Der Inklusionsgedanke spielt eine wichtige Rolle. Wenn es um dieses Motto geht, haben Gehörlosenvereine und -organisationen bzw. taube Menschen oft den Eindruck, keine vollständige Teilhabe an der Gesellschaft oder als gleichberechtigte Bürger auf Augenhöhe erleben zu können. Oftmals werden Entscheidungen getroffen, ohne sie einzubeziehen und es kommt zu Bevormundung und Fürsorge. Für das Land Berlin als Bundeshauptstadt und als Vorbild für alle andere Bundesländer ist es absolut wichtig, den Inklusionsgedanken in allen Lebensbereichen wie bspw. Arbeit, Freizeit und Kultur zu fördern.

In welcher Form plant Ihre Partei diesen Prozess der Umsetzung von Inklusion zu fördern und Anreize zu deren Umsetzung zu schaffen?

Welche Perspektiven sieht Ihre Partei, wenn es um inklusives Leben und taube Menschen geht?

Welche Maßnahmen können die Parteien zu verschiedenen Themen anbieten, um betroffene Personen und Verbände möglichst mit einzubeziehen?

Bildung

Sowohl die UN-Konvention der Rechte für Menschen mit Behinderung als auch das Landesbehindertengleichstellungsgesetz fordern das Recht auf Unterricht in Deutscher Gebärdensprache. Die UN-Konvention geht sogar einen Schritt weiter und fordert auch die Förderung der Gehörlosenkultur und Identität. Der Elternverband gehörloser Kinder hat in seinen Positionspapieren das Konzept der Europaschule vorgestellt.

Welche möglichen Maßnahmen werden angestrebt, um ein echtes und qualifiziertes bilinguales Angebot von deutscher Laut-, Schrift-, und Gebärdensprache zu sichern?

Wie wird einerseits das Recht auf Einschulung in eine Regelschule als auch die Möglichkeit, eine Schule mit einem hochwertigen bilingualen Angebot (der Europaschule vergleichbar) zu besuchen, sichergestellt?

Lebenslanges Lernen

Bildung ist ein kontinuierlicher Prozess, der nicht bei der Schulbildung endet. Gerade heute in der schnelllebigen Gesellschaft ist es wichtig, sich immer weiterzubilden. Hier sind barrierefreie Kommunikation und Informationszugang wichtig.

Welche Maßnahmen planen die Parteien, um barrierefreien Zugang für taube Menschen für Weiterbildungsmaßnahmen zu schaffen?

Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen

Barrierefreiheit ist ein wichtiges Thema. Leider müssen wir öfter feststellen, dass bei Barrierefreiheit oft nur einzelne Gruppen berücksichtigt werden. Unter „Barrierefreiheit“ verstehen viele bauliche Veränderungen z.B. zugunsten mobilitätseingeschränkter Menschen. Für uns stellen die eingeschränkten Möglichkeiten zur Kommunikation eine Barriere dar. Visuelle Signale in öffentlichen Gebäuden bzw. Einrichtungen oder der Einsatz von Dolmetschkräften werden in puncto Barrierefreiheit oft vergessen. Auch fehlt dem Personal verschiedener Institutionen häufig das Grundwissen für den Umgang mit tauben Menschen.

Wie setzen Sie eine echte Barrierefreiheit für taube Menschen in die Praxis um?

Digitalisierung

Im Zuge des Digitalisierungsprozesses verändern sich die Rahmenbedingungen für das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe tauber Menschen. Es werden u.a. Informationen über das Internet eingeholt. Es gibt nur sehr wenige Internetseiten, die für Menschen mit Hörbehinderungen barrierefrei, das heißt konkret, Informationen in Gebärdensprachen anbieten. Der Zugang zum Internet wird durch fehlende Informationen erschwert und addiert sich zu den zahlreichen Herausforderungen der rasanten Digitalisierungswelt für diese Gruppe.

Welche Schritte plant Ihre Partei, um den seit 2019 geltenden European Accessibility Act voranzubringen, in nationales Recht umzusetzen und somit Menschen mit Hörbehinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen?

Freiwilliges Engagement und Partizipation

Für das Land Berlin stellt sich freiwilliges und ehrenamtliches Engagement der Bürger*innen als unverzichtbar dar. Mit ihrem Engagement tragen auch taube Menschen aktiv zur Gleichberechtigung und Vielfalt in der Gesellschaft bei.

Taube Menschen wollen sich in Berlin engagieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben, stoßen dabei aber auf sehr große Kommunikationshindernisse. Trotz ständiger Bemühungen unsererseits, denn für uns ist das ein Thema von höchster Bedeutung, wird uns die politische Teilhabe immer wieder verwehrt. Hauptsächlich Grund dafür ist, dass es bis jetzt im ehrenamtlichen Bereich keine selbstverständliche und verbindliche Regelung - wie zum Beispiel eine Gesetzesgrundlage - gibt, welche die Kommunikationswege zum Beispiel durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher*innen absichert.

In der UN-Behindertenrechtskonvention ist festgeschrieben, dass die politische Teilhabe durch geeignete Maßnahmen gewährleistet werden muss. Gerade, was die ehrenamtliche Tätigkeit angeht, ist es wichtig, eine Kommunikation zwischen den Verbänden als auch mit der Politik abzusichern und zu ermöglichen.

Wie wird dafür gesorgt, dass bei ehrenamtlichen Tätigkeiten die Kommunikation kein Hindernis darstellt?

Medien

Das mediale Informationsangebot für taube Menschen ist bis jetzt absolut nicht zufriedenstellend. Bei einigen Sendern gibt es nach und nach vermehrt Untertitelung oder den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher*innen. Trotzdem ist nur ein kleiner Bruchteil des Gesamtprogramms barrierefrei gestaltet, einige Sender haben nichts dergleichen im Programm.

Gerade bei dem regionalen dritten Programm RBB ist es unmöglich, die politischen Vorgänge zu verfolgen, da bspw. die Abendschau überhaupt nicht in Gebärdensprache übersetzt wird.

Welchen Einfluss werden die Parteien auf diesen Umstand nehmen und wie setzen Sie sich dafür ein?

Diskriminierung

Taube Menschen leben als Minderheit in einer mehrheitlich hörenden Gesellschaft. Normen und Konstrukt der Entwicklung des Lebens sind auf das „Hören-Können“ ausgerichtet. Dadurch, dass taube Menschen nicht hören können und somit der Norm nicht entsprechen, erleben sie große Benachteiligung und werden oftmals nicht mit berücksichtigt. Dies führt zu häufigen Diskriminierungserfahrungen, wo ihnen ihr Recht abgesprochen wird. Diese Diskriminierungen erleben sie in quasi Lebensbereichen auf Arbeit, in der Freizeit, bei der Ausübung eines Ehrenamtes und sogar im privaten Umfeld. Zum Beispiel waren taube Menschen während des Ausbruchs der Corona-Pandemie mehrheitlich von aktuellen Informationen ausgeschlossen. Es kann also bei alle diesen Benachteiligungen und Diskriminierungen von Gleichberechtigung keine Rede sein. Obgleich z.B. einige Gesetze gegen Diskriminierungen dem Abhilfe schaffen sollte, findet Diskriminierung weiterhin statt, durch Einzelpersonen bis hin zu Diskriminierung durch bestehende Strukturen und Institutionen, ob nun bewusst oder unbewusst sei dahin gestellt.

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei während der kommenden Legislaturperiode ergreifen, um die Diskriminierung gegenüber Menschen mit Hörbehinderungen und deren Benachteiligung zu

Mit freundlichen Grüßen